

Der Freie Schwarzwälder

Wildbader Anzeiger und Tageblatt

mit Erzähler vom Schwarzwald.



Erscheinung:
an allen Werktagen.
Abonnement
in der Stadt vierteljährlich M. 1,35
monatlich 45 Pf.
bei allen würtl. Postämtern
und Boten im Orts- u. Nachbortor
vierteljährlich M. 1,35,
ausserhalb desselben M. 1,35,
hievu Bestelgeld 26 Pf.
Telefon Nr. 41

Amtsblatt für die Stadt Wildbad.
Verkundigungsblatt
der kgl. Forstämter Wildbad, Meistern,
Enzklösterle u.
während der Saison mit
amtl. Fremdenliste.

Inserate nur 8 Pfg.
Ausdrückliche 10 Pfg., die Klein-
spaltige Garmondzeile.
Kontanten 15 Pfg. die
Zeile.
Bei Wiederholungen entspr.
Rabatt.
Fremdenliste
nach Vereinbarung.
Telegramm-Adresse:
Schwarzwälder Wildbad.

Nr. 18. Montag, den 23. Januar 1911. 28. Jahrg.

Die Privatbeamten-Versicherung.

Der „Entwurf eines Versicherungsgesetzes für Angestellte“, wie der Gesetzentwurf über die Pensions- und Hinterbliebenen-Versicherung der Privatbeamten betitelt ist, ist nun veröffentlicht worden, noch ehe er dem Bundesrat vorgelegt hat. Das läßt darauf schließen, daß man von dieser Seite keine großen Änderungen an dem Gesetzentwurf mehr erwartet. Im so mehr wird es Aufgabe des Reichstags sein, die bessere Hand anzulegen; denn der Entwurf erfüllt keineswegs die Erwartungen, die man in den Kreisen der Privatbeamten hegte. Die Bestimmungen des Gesetzes bedeuten durchaus keine „Versicherung“ — wie es in dem Titel heißt — gegen Not für invalide und alte Privatbeamte und ihre Hinterbliebenen. Um diese gegen Not „sicher“ zu stellen, sind die Renten viel zu niedrig. Sie bleiben hinter den Sätzen der Denkschrift von 1908 ganz erheblich zurück. Allerdings sind auch die Beiträge entsprechend erniedrigt. Sie bewegen sich zwischen 5,5 und 7,1 Prozent des Gehaltes, während die Angestellten mit etwa 8 Prozent rechnen, um nach vierzig Dienstjahren etwa auf die Hälfte des Durchschnittsgehaltes als Ruhegehalt zu kommen. Nach der Vorlage werden aber nach vierzig Dienstjahren nur 25 bis 45 Prozent des Durchschnittsgehaltes erreicht. Die Witwen- und Waisengelder entsprechen diesen Sätzen. Dabei sind ganze Klassen von Privatangestellten nicht in die Versicherung einbezogen. So fehlen in der Aufzählung vor allem die Bureauangestellten der Rechtsanwalte, dann technische Angestellte wie Zeichner, Zeichner u. m. Ob das Absehen ist oder nur ein Versehen, ist nicht ersichtlich. Der Reichstag wird auf alle Fälle gut tun, hier korrigierend einzugreifen, wenn es der Bundesrat verabsäumen sollte. Auch ist nicht recht ersichtlich, warum die Versicherungspflicht bei einem Jahreseinkommen von 5000 Mark aufhört. Und selbst wenn man hier die Versicherungspflicht endigen lassen wollte, hätte man doch die freiwillige Versicherung darüber hinaus noch zulassen sollen. Man hat doch auch bei den Staatsbeamten für die Pensionsberechtigung nach oben hin keine Grenze gezogen. Eine Unebenheit des Gesetzes zeigt sich auch in der Angliederung an die allgemeine Reichsversicherung. Die neue Klasse soll zwar entsprechend den Wünschen der Mehrheit der Privatangestellten selbständig werden, jedoch war es nicht möglich, sie ganz unabhängig von der übrigen Reichsversicherung zu

machen. So ist die Folge, daß auf der einen Seite die Privatangestellten mit einem Einkommen bis zu 2000 M. der Doppelversicherung unterliegen, infolgedessen aber auch besser versorgt sind als jene, deren Einkommen über die 2000 Mark-Grenze der Invalidenversicherung nicht wesentlich hinausgeht. Es würde sich deshalb wohl empfehlen, die Gehalts-Grenze für die Invalidenversicherung auch auf 5000 Mark zu erhöhen. Daß das Gesetz jetzt veröffentlicht worden ist, war schon deshalb eine Notwendigkeit, weil es in einer Reihe von Punkten auf die zur Zeit dem Reichstag vorliegende Reichsversicherung Ordnung Bezug nimmt. Aus ihr ergibt sich auch, daß der Privatbeamtenversicherung ein Reichszuschuß zugedacht ist. Die Bestimmung über das Ruhegeld lautet nämlich: „Das Ruhegeld beträgt nach Ablauf von 120 Beitragsmonaten ein Viertel des Wertes der in dieser Zeit entrichteten Beiträge und ein Achtel des Wertes der übrigen Beiträge.“ Was unter diesen „übrigen Beiträgen“ zu verstehen ist, befragt der § 1270 der Reichsversicherungsordnung, auf den hierbei verwiesen ist, und der von einem festen Reichszuschuß und einem Anteil der Versicherungsaufkoste handelt.

Sind auch die Wünsche der Privatangestellten nicht voll erfüllt, so bedeutet der Entwurf doch einen guten Schritt weiter auf dem Weg unserer sozialen Gesetzgebung. Und wenn noch eine Reihe von Verbesserungen daran vorgenommen werden wird, dürfte sich das Gesetz als eine brauchbare Ergänzung unserer Versicherungsgesetzgebung erweisen.

Deutsches Reich. Deutscher Reichstag.

Berlin, 20. Januar.
Die Hoffnung, die Beratung der Reichsenergieerzeugungsteuer in der heutigen Sitzung zu Ende führen zu können, ist leider nicht erfüllt worden. Nachdem die Herren Abgeordneten von 11-6 Uhr getagt hatten, knüpften sie heute ihre Arbeit an 11-6 Uhr getagt hatten, knüpften sie heute noch zum Schluß zu kommen. Der bedeutende Reibpunkt über die Frage, wie hoch der Anteil der Gemeinden an der Steuer sein soll, steht noch aus und wird erst am Dienstag gelöst werden, da sich bis dahin der Reichstag Ruhe gegönnt hat.
Die Verhandlungen verliefen heute viel interessanter als die Tage vorher. Zunächst gab es eine lebhafte Geschäftsordnungs-Debatte über eine nochmalige Abstimmung, die eine Abse über die Zulässigkeit der Judenabgabe hinterlassen hatte. Später entbanden bemerkenswerte Auseinandersetzungen über die Frage, ob die Landesfürsten von der Steuer befreit sein

sollen oder nicht. Die Kommission hatte bekanntlich die Steuerfreiheit dieser Fürsten bestritten. Die Linke hielt natürlich an dieser Entscheidung fest, während die Rechte aus ihrem „monarchischen Gefühl“ heraus die Steuerfreiheit eifrig befürwortet und beantragte. Mit vorzüglicher Lebhaftigkeit traten der Staatssekretär Wermuth und der eigens zu diesem Zweck herbeigeleitete Finanzminister Penze für die Wiederherstellung der Steuerfreiheit der Fürsten ein, wobei sie nicht finanzielle, sondern ausschließlich staatsrechtliche Gründe geltend machten. Ruz und entschieden betonte der völksparteiliche Abg. Dr. Reumann-Hofer, daß die Steuerfreiheit viel dieses Wert erzeuge und daß mit ihr die Mehrzahl seiner Freunde wahrscheinlich gegen das ganze Gesetz stimmen würden. Der Sozialdemokrat Gährle wandte sich ebenfalls gegen das Steuerprivileg, und erfreulicherweise schloß sich auch der nationalliberale Abg. Dr. Weber der Auffassung an, daß die Landesfürsten bei dieser Steuer keine Vergünstigung besitzen sollten. Interessant war wie immer die Haltung des Zentrums, das durch den Mund des Abg. Ritzsch verkündete, daß die Argumente der Regierungsvertreter vollständig von der Notwendigkeit der Wiederherstellung der Regierungsvorlage überzeugt hätten. In sachlicher Weise geteilte Abg. Dove das Verhalten des Zentrums, und er meinte, die Fürsten zahlten ja jetzt schon Steuer, z. B. Zigaretten- und Zehnersteuer, so könnten sie auch hier zur Stärkung des monarchischen Gefühls zu den Kosten des Landes beitragen. Später legte sich Herr Dove noch in sehr gewandter Weise mit dem Grafen Beckarp auseinander, der in den Anträgen der Freisinnigen kein Abgestimmtes erblickt hatte. Die Abstimmung ergab eine große Überraschung: die Polen verließen den Saal und führten damit die Annahme der Kommissionsbeschlüsse, d. h. die Befreiung der Steuerfreiheit der Landesfürsten herbei, da die Linke und die wirtschaftliche Vereinigung zusammen die Mehrheit bildeten. Dieses Ergebnis führte wiederum zu einer lebhaften Geschäftsordnungs-Debatte, die aber nur das Resultat der vorherigen Abstimmung bestätigte. Eine Reihe von weiteren Paragraphen wurde ab dann noch erledigt.

Die Landrats-Interpellation im preussischen Abgeordnetenhaus.

Berlin, 20. Januar.
Der zweite Tag der freisinnigen Landrats-Interpellation hatte wiederum ein zahlreiches Publikum auf die Tribünen gelockt. Im Hause aber war es fast noch leerer wie gestern. Den Reigen der Redner begann der junge Töne Rissen, der in seiner zierlichen Art allerlei Beschwerden über das Verhalten der Landräte in Nordholländen vorbrachte. Ihm folgte der Nationalliberale Dr. Friedberg, der eine lange Rede hielt, die sehr viel mit Einerseits-Anderserseits arbeitete. Er nahm mancherlei zurück, was er scharfes zum Fall Weder gesagt hatte, vertrat sich wieder mit Herrn von Hennings, mit dem er sich am Tage vorher arg zerzaust hatte, septe sich in ein-

Ein Staatsmann, dessen hässliche Ruhe das Ziel seiner Gedanken ist, verdient nicht diesen Namen.
Confucius.

Die Versuchung.

Von Robert Graf Widenburg.
(Nachdruck verboten.)

(Fortsetzung.)
„Nun, Herr Gans, was haben Sie darauf zu erwidern?“ Der Befragte ließ sich weder durch die zornigen Blicke Reitingers noch durch die scharf prüfenden des Advokaten aus der Fassung bringen.
„Hochst e Wunder!“ sagte er ruhig. „Wie der Herr Weltbuchs ist nach Grumbach gefahren, hab' ich müssen bei den Geißler neben uns e Viertelkilo Reisfärl' laufen — die hat er mitgenommen...!“
Dr. Reibinger und Herr Bräuner warfen mitleidige Blicke auf Reitlinger, der blaß wurde wie der Tod und den Sprecher wortlos anstarrte. Schindelhuber aber führte auf seinem Stuhl einen wahren Indianertanz auf und war triumphierend:
„Seg'n S', da hab' mer' I' jeh' der Faloten! Hab' Kahner's net g'sagt, Herr Bräuner, was Der des hier a' Vaukerbader is...!“
Er wurde jedoch energisch zur Ruhe verwiesen. Dann stellte der Advokat an Gans noch einige Fragen, welche den derzeitigen Vermögensstand der Firma betrafen. Auch die diesbezüglichen kurz und bündig geäußerten Antworten des Jüngers erweckten den Anschein der Glaubwürdigkeit und ließen in einen wahren Abgrund blicken, an dessen Rand der in wachsender Verzweiflung zuhörende Reitlinger sich mit verbundenen Augen wandeln sah! Nun konnte auch er kaum mehr an der Wahrheit der vernichtenden Aussagen des würdigen Salomon zweifeln! Ihre Richtigkeit konnte ja jederzeit geprüft werden — also waren Lügen zwecklos!
Das Depot bei der Bank war zu zwei Dritteln erschöpft. Die Rechnungen für den Bau bis auf geringe Restsumme unzugänglich. Von den größtentends schon ab-

gelieferten Maschinen war keine einzige bezahlt! So überschritten die Passiven der Firma die Aktiven jetzt schon um das Doppelte! Wo war das fehlende Geld hingekommen? Wovon sollten die enormen Schulden gezahlt werden?

Da beugte sich Herr Bräuner zu dem nachdenklich schweigenden Advokaten hrab und flüsterte ihm ins Ohr:
„Benügt denn das nicht, um sofort die Betrugsanzeige zu machen? Wir müssen ja trachten, daß die zwei Gainer Heber heute als morgen hinter Schloß und Riegel kommen — so lang sie frei herumlaufen, ist doch jede Stunde eine neue Gefahr...!“

Dr. Reibinger zog die Nase in die Höhe und warf einen verächtlichen Blick auf den Sprecher. Dann ersuchte er Gans und Schindelhuber, das Zimmer zu verlassen. Erst als die Türe sich hinter diesen geschlossen hatte, sagte er in seiner unterwürfigen Seelenruhe:

„Was wir bis jetzt wissen, wäre vollständig genug, um die sauberen Herren zu packen...! Aber, aber...! Wissen S', meine Herren — ich hab' heut' schon zum drittenmal mit der löblichen Firma Porger — recte „Porger“ — zu tun und immer sind mir die Kerl'n wie die Kasse durch die Finger g'ruft...! Sollt' mich sehr wundern, wenn sie's dasmal so plump angepackt hätten, ohne sich ein Hinterrad' offen zu lassen! Wissen Sie was, Herr von Reitlinger, geben Sie mir einmal Ihren Originalvertrag! Jetzt werden Sie doch diesen Leuten gegenüber keine Ehrenstrafen mehr haben! Und die Abschrift kenn' ich ja so schon!“

Nach kurzem Überlegen langte der Angesprochene in die Tasche — aber plötzlich zögerte er nochmals: „Aber sagen Sie mir nur, wie das möglich ist...? — der Goldsuchs ist doch Referendarius...!“

Der Advokat lächelte leise vor sich hin:
„So, so — hat er wieder einmal ein bißel die Bergangenheit mit der Gegenwart verwechselt! Er ist nämlich vor einigen Jahren schon mit Schimpf und Schand g'spritzt worden! Auch wegen einer Sache, in der ich mit ihm zu tun gehabt hab', und wo er mit so knapper Not

am Buchstaus vorbeigewischt is...! Also geben S' nur ruhig her, das corpus delicti da!“

Reitlinger war schon derart niedergeschmettert, daß auch diese Überraschung ihm keinen wesentlichen Eindruck mehr machte. Stumm gab er den Vertrag her, den Dr. Reibinger aufmerksam durchlas und mit der Abschrift verglich.

„Na, das stimmt ja haargenau!“ sagte er dann. „Und der Vertrag allein würde jedem Richter schon vollständig genügen...!“ Seine Faust fiel schwer auf den Tisch — doch gleich verfiel er wieder in die gewohnte Ruhe: „Da hab' mer's ja schon! Ich hab's ja doch g'wusst...!“

Genüßlich nahm er einen Bleistift zur Hand und begann zu rechnen, ohne sich um die fragenden Blicke der beiden Herren zu kümmern. Auch ein Buch langte er vom Aufsatze des Schreibisches herunter und blätterte einige Zeit darin.

Endlich war er fertig und wandte sich mit seinem gemüthlich-pfiffigen Lächeln an seinen Klienten:
„Die Betrugsanzeige gegen unsere Freunde können wir schon machen — aber sie kostet uns bare 120 000 Kronen!“ Er schien sich förmlich zu weiden an den erstaunten Gesichtern der Zuhörer und ließ sie einige Zeit auf die Erklärung warten.

„Na, der Herr Bräuner wird mich gleich verstehen: Da schau'n S' her — der Vertrag is ja net g'stempelt! also auch nicht zur Gebührenbemessung vorgelegt! Die Gebühren machen beläufig 6000 Kronen aus! Der Wert der Grundstücke und der Wasserkraft zahlt die vierprozentige Immobilienabgabe — das sind allein 4000 — die saubere Erfindung mit 200 000 Kronen bewertet geht nach Skala III, das macht zirka 1250 Kronen, und dann kommt noch das Bargeld uhu! Aber jetzt die Straf...! Wie die Firma protokolliert worden ist, muß das Gebührenbemessungsamt sich hoch erkundigt haben, wie der Vertrag lautet...? Ist Ihnen nichts davon bekannt, Herr von Reitlinger?“

(Fortsetzung folgt.)



zeinen Punkten zum Fall Becker dann doch kritisch mit dem Minister und Herrn von Kallzahn auseinander und erörterte schließlich in großer Ausführlichkeit die gegen seine Partei gerichtete Landratspolitik in Ostpreußen. Der freikonservative Abg. Dr. Kewoldt, einer der langweiligsten Redner des Hauses, Vertreter des Wahlkreises Greifswald-Grimmen, hielt dann eine Schluß- und Trugrede zu Gunsten der Landräte im allgemeinen und des Herrn von Kallzahn im speziellen. Er forderte kategorisch, daß Berichte der Behörden über den inneren Dienst niemals der Öffentlichkeit preisgegeben werden dürften, und fand, daß die Auslieferung des berühmten Annäherungsberichtes bereits die Grenze des Zulässigen überschritten habe. Er hat Recht, wenn man die Kompromittierung der konservativen Landratsbestrebungen als „unzulässig“ bezeichnen will. Herr Kewoldt fand es ganz in der Ordnung, daß der Landrat gegen die Sozialdemokratie amüsch mobil mache, und erging sich in haltlosen Vorwürfen gegen den Abg. Lippmann, die von diesem sofort in Zwischenrufen zurückgewiesen wurden. Viel schlimmer noch als diese Rede eines Mannes, der ja schließlich als unterlegener Gegner des Abg. Gothein in Greifswald-Grimmen die politische Zehne hat zahlen müssen, war das Auftreten des Zentrumsabgeordneten Dr. Bell-Essen. Dieser Vertreter der geborenen Kinderheitspartei, hielt es für angebracht, der in schwerem Kampfe befindlichen Kinderheitspartei der Liberalen in den Rücken zu fallen. In schlechtestem Demagogentum höhnte und spottete er der freimüthigen Interpellanten; er fand, daß hinsichtlich der Landratsbestrebungen alles in bester Ordnung sei und daß der Minister durchaus befriedigende Erklärungen abgegeben habe. In außerordentlich scharfer, aber berechtigt Weise diente ihm der Abg. Gysling, der die beweislosen Behauptungen Bells über die Regierungseifersucht der Freimüthigen zur Bloßheit entschieden zurückwies und sich dann den Fällen Labiau-Beckau und Becker mit eindringlichem Material und kritischer Beleuchtung der Gegenüberstellungen zuwandte. Mit Recht wies er darauf hin, daß der Geheimbericht des Landrats an den Regierungspräsidenten in Sachen der angeblichen Annäherungsversuche Beckers der Ländliche Beweis sei für die Verquickung des Landratsamtes mit politisch konservativen Dingen. Die Vorlegung der Akten über den Liberalen Verein wäre, so behauptete der Redner mit vollem Fug, kein Mittel gewesen, um das Staatswohl zu gefährden. Die Vorwürfe des Herrn von Hemmings gegen die Ehrenhaftigkeit Beckers wies Redner mit Energie zurück. Beim Fall Labiau-Beckau bemängelte Gysling besonders das disziplinarische Vorgehen gegen die Studenten, die sich zu Gunsten der freimüthigen Kandidatur an der Wahl beteiligt hatten. Abg. Leinert von der Sozialdemokratie erblickte in dem Landrat die Seele der preussischen Reaktion und polemisierte lebhaft gegen die rechtliche Zurückweisung seiner Partei und gegen die den Landräten gegenwärtigen prunkhaften Kreisgebäude. Hiernach sprach der unvermeidliche Herr Kretz... und dabei kam es zu wilden Szenen, die beinahe zur Ausschließung des Herrn Hoffmann aus dem Saale geführt hätten!

Der Kampf um die Kommunion.

Wir haben unseren Lesern vor langen Monaten berichtet, daß ein Mann in Jügesheim (Hessen) Beschwerde bei der bischöflichen Behörde in Mainz erhoben hat, weil sein Pfarrer sich weigerte, zwei Kinder des Mannes zur Erstkommunion zuzulassen, mit der Begründung, die Herzen für die Feiertage seien in einem Nachbarort gekauft worden, statt bei einer Stelle, die der Pfarrer empfohlen hatte. Der eigentliche Grund der Weigerung steht aber, wie nach der Sachlage anzunehmen ist, tiefer. Der Pfarrer hatte früher einen Streit mit dem Mann. Es gab eine gerichtliche Auseinandersetzung, die allerdings mit einem Vergleich endete, aber doch eine Spannung zurückließ. Die bischöfliche Behörde versuchte, den Mann zu bewegen, die Kinder zu seinem Bruder zu schicken, der selber (im Bayerischen) Pfarrer ist und ihnen die Erstkommunion hätte erteilen sollen. Der Jügesheimer Einwohner aber bestand auf seinem Rechtsanspruch: Der Jügesheimer Pfarrer habe die Kinder zu Unrecht ausgeschlossen, und sie müßten deshalb in Jügesheim zur Kommunion gehen, damit man sehe, daß sie nichts Unrechtes getan haben. Eine Vermittlung des Streifalles, die der Dekan von Seligenstadt übernahm, schien zum Ziel zu führen, aber die Einmischung eines anderen Geistlichen verdaub die angebahnte Einigung. Die Angelegenheit ist nun immer noch unerledigt, seit drei Viertel Jahren. Der Vater muß sich gefallen lassen, daß seinen Kindern eine der wichtigsten kirchlichen Leistungen entzogen bleibt, lediglich weil der Pfarrer hartnäckig ist und seinen Fehltriff nicht wieder gutmachen will. Der Fall hat bereits die Reichliche Kammer beschäftigt; er wird weiterhin auch im Reichstag zur Sprache gebracht werden, und es ist klar, daß die Prejje auf die eingehendere Besprechung nicht länger verzichten kann, weil die bischöfliche Behörde nicht endlich dafür sorgt, daß den Kindern in Jügesheim und ihrem Vater die Genugthuung geschieht, die sie fordern können.

Berlin, 20. Jan. Der Hochstapler und Wechselwähler Margolin hat heute, nachdem Erna Fröhlich ihre Mithäterschaft an den verschiedenen betrügerischen Machinationen eingestanden hat, ebenfalls ein Geständnis abgelegt. Durch dieses Geständnis ist Raub derart entlastet, daß er demnächst aus der Haft entlassen werden dürfte.

Kiel, 20. Jan. In der Marinegarnisonkirche fand heute nachmittags für die im Unterseeboot U 3 Verunglückten eine Trauerfeier statt. Frau Prinzessin Heinrich erschien in Begleitung der Prinzen Waldemar und Sigismund in der Kirche und legte an den drei Särgen, die vor dem Altar aufgebahrt waren, je ein weißes Blumenkrenz nieder. Marineoberpfarrer Weh konsistorialrat Worde hielt eine tiefengreifende Gedächtnisrede. Die Särge der beiden Offiziere wurden sodann von einem

großen Trauergefolge zum Bahnhof geleitet, von wo die Ueberführung in die Heimat erfolgte. Der Matrose wird morgen auf dem Marinensriedhofe beerdigt werden.

Ausland.

Paris, 20. Jan. In der heutigen Sitzung der Deputiertenkammer richtete Pechare an den Ministerpräsidenten Briand wegen der Unruhe in der Champagne eine Anfrage und legte dar, daß die Winger fürchten, daß die Einfuhr von zur Champagnerbereitung bestimmtem Weiswein sie im Verkauf ihres eigenen Erzeugnisses hindere. Briand antwortete, trotz der letzten Vorfälle stehe die Regierung den Wingern äußerst wohlwollend gegenüber und habe ihnen Beihilfe und Steuererlasse bewilligt. Die Weinsäfsung werde streng unterdrückt. Die Abgrenzung des Champagnebezirks werde neu gezogen werden, aber die Winger dürften sich nicht durch Sabotage die Sympathien verschmerzen. (Beifall.) Damit ist der Zwischenfall erledigt.

Alban (Westaustralien), 20. Jan. Auf dem englischen Dampfer „Parisiana“ von New York nach Melbourne brach am 13. Dezember Feuer aus. Nach verzweifelten Anstrengungen, die Flammen zu ersticken, verließ die aus 35 Köpfen bestehende Besatzung das Schiff und erreichte in Rettungsbooten am 19. Dezember die St. Pauls-Insel. Drei Mann starben infolge Erschöpfung. Die Ueberlebenden fanden an der Küste ein Nahrungsmitteldepot von dem sie lebten, bis sie von einem englischen Dampfer aufgefunden wurden, der sie nach Alban brachte.

Washington, 20. Jan. Der Ausstellungsausschuß des Repräsentantenhauses hat in dem Wettstreit um die Veranlassung der Panama-Kanal-Ausstellung im Jahre 1915 zu Gunsten von New Orleans entschieden.

Washington, 27. Jan. Carnegie hat dem Carnegie-Institut weitere 10.000.000 Dollars gestiftet. Damit beläuft sich die Gesamtsumme seiner Stiftungen für das Institut auf 25 Millionen Dollars.

Württemberg.

Vom württembergischen Landtag.

Stuttgart, 20. Januar.

Präsident Bayer eröffnete 9.15 Uhr die Sitzung. Am Regierungstisch: Minister von Bischof und von Fleischhauer. Zur Beratung steht die Vorlage betr. die

Dienstverhältnisse der Oberamtsärzte.

Zunächst ist eine Bestimmung getroffen, nach der vollbezahlte Oberamtsärzte in Zukunft keine ärztliche Privatpraxis mehr ausüben dürfen, wogegen den nicht vollbezahlten Beamten die Privatpraxis weiter gestattet wird. Die Frage der Abgrenzung des Amtsbezirks wird offen gelassen. Als neue Arbeitsgebiete erhalten die Oberamtsärzte die Schulärztstätigkeit und die Ueberwachung der nicht approbierten Heilgenossenschaften und der auf dem Gebiet des Gesundheitswesens tätigen Personen. Der Oberamtsarzt hat die Gemeinden zu beraten, die Verpflichtung zur unentgeltlichen Behandlung der Dürftigen fällt weg. In Zukunft zählt der Staat den gesamten Gehalt.

Minister v. Bischof begründet die Vorlage. Auch in Württemberg habe sich das Institut der Schulärzte immer mehr Freunde erworben, so daß auch die Regierung sich damit beschäftigen müsse. Für die Schulärztstätigkeit sei ein Beitrag erforderlich. Durch diese Tätigkeit werde die Arbeitslast der Ärzte erheblich vermehrt, so daß die frühere Bezahlung nicht mehr möglich sei. Zudem sei bei einem Beibehalten der Privatpraxis im alten Umfang eine Kollision der Amtspflichten zu befürchten. Der Entwurf sehe deshalb die Möglichkeit vollbezahlter und vollbezahlter Beamten vor. Jeder einzelne Fall würde genau geprüft werden. Daß man 61 vollbezahlte Oberamtsärzte anstelle, ist schon aus finanziellen Gründen ausgeschlossen. Es könne sich vielleicht um vollbezahlte Stellen in Heilbronn, Ulm und Stuttgart handeln. Im übrigen werde eine Zusammenlegung von Oberamtsarztstellen behufs Anstellung von vollbezahlten Ärzten erforderlich sein. Daß diese Zusammenlegung möglich sei, hätten die vorgenommenen Versuche bewiesen. Die in einem Artikel im gestrigen Abend-„Merkur“ von einem Arzte gemachten Vorschläge seien undurchführbar. Gegen die Verbindung der Untersuchung der Kinder und der Behandlung derselben spreche erhebliche Bedenken. Der Entwurf sei, davon sei er auch überzeugt, nichts vollkommenes. Aber er werde doch viel gutes bringen und eine Brücke zur Weisarbeit bilden.

Abg. Schild (Zr.): Es frage sich, ob der Beg. den die Regierung eingeschlagen habe, überall gangbar sei. Die Anstellung von vollbezahlten Kräften sei nur möglich, bei weit größerer Aufwendung von Mitteln. Die bekannte leibliche Finanzlage erschwere die Ablösung der Privatpraxis, auch würden sich praktische Hindernisse entgegenstellen. Einzelne Ärzte würden vielleicht auch eine Privatpraxis vorziehen. Es sei auch richtig, in den am meisten bedürftigen Bezirken — Stuttgart, Heilbronn, Ulm — einen Anfang zu machen. Die Mehrheit seiner Fraktion sehe in dem Schularzt eine segensreiche Institution. Ein Teil seiner Freunde stehe aber nicht auf diesem Standpunkte, sondern erblicke darin einen Eingriff in die Familienrechte. Die größere Finanznot sei doch bei den Gemeinden und doch würden hier den Gemeinden neue Lasten aufgebürdet. Der Minister habe gesagt, die Beitragsleistung sei die conditio sine qua non für das Zustandekommen des ganzen Gesetzes. So werde z. B. Man ein besonderer Raum für die Untersuchung der Kinder erforderlich sein. Manche Gemeinde werde dadurch besondere Ausgaben haben. Bestimmen müsse, daß die Gemeinden eine besondere Schreibweise zur Verfügung zu stellen haben. Wenn eine solche Hilfe notwendig sei, dann sollten die Kosten hierfür wenigstens geteilt werden. Könnte die Vorchrift, daß die Gemeinden auch noch die Formulare anzufassen haben, nicht wegfallen? Die Zusammenlegung der Stellen wird ein zweifelhafte Schwert sein. Im Prinzip sei er mit der Vorlage einverstanden. Er beantrage Ueberweisung an die Kommission für innere Verwaltung.

Abg. Graf-Weidenheim (W.) betont ebenfalls die schlechte Finanzlage der Gemeinden. Daß schrittweise vorgegangen werde, sei richtig. Mindestenswert sei die Verpflichtung der Bezirke zur Beratung der Gemeinden. Noch wichtiger sei die Schulärztstätigkeit, vorausgesetzt, daß der Arzt sein Amt richtig ausübe. Nur sollte man die Errichtung von Schularztstellen den Gemeinden überlassen. Auch die Heimarbeiter und Arbeiterinnen sollten von dem Oberamtsarzt besucht werden. Der Sorge, daß zu tief in die Familienrechte eingegriffen werde, könne man sich nicht entschlagen. Mit der Ausschlußberatung sei er einverstanden.

Abg. Dr. Bauer (Sp.): Die Vorlage sei nur eine notwendige Konsequenz der Entwicklung. Die Vorlage werde aber eine ganz andere Stellung der Oberamtsärzte mit sich bringen. Er wolle hier auf die früheren Verhältnisse, wenn auch nicht bis auf Adam und Eva (Heiterkeit), zurückweisen. Wenn der Entwurf Gesetz werde, habe der Arzt nicht mehr die große Fähigkeit mit der Bevölkerung wie früher. Das sei dann grundsätzlich anders geworden. Dem Arzt werde dann die Möglichkeit der Orientierung über den Bezirk genommen sein. Darin liege aber zugleich auch eine Begründung der Tätigkeit der Bezirke als Schularzt. Es sei zu befürchten, daß sich die Oberamtsärzte zu medizinischen Bürokraten ausbilden. Er habe

großen Respekt vor der Bureaukratie (Heiterkeit!), möchte aber doch vor der Errichtung von medizinischen Bureaukraten warnen. Auf die Studienbeschränkung, die in diesem Zusammenhang ebenfalls interessiere, werde er bei der Etatberatung zurückkommen. Der Oberamtsarzt werde sich in erster Linie damit beschäftigen müssen, was die Konstitution der Bevölkerung zu seinen hat, nicht mit bakteriologischen Theorien. Seine Freunde seien sich darüber einig, daß es wünschenswert ist, wenn ein Arzt, der nicht bisher eine ausreichende Tätigkeit in ärztlichen Praxis hinter sich hat — einen beratigen Antrag behalten und uns für die Ausschlußberatung vor — eine 15jährige praktische Tätigkeit hinter sich hat. Wir hätten es weiter für erforderlich, daß ein Oberamtsarzt für ländliche Bezirke eine Praxis mindestens 5 Jahre auf dem Lande und ein Oberamtsarzt in Industriebezirken mindestens 5 Jahre dort gehabt haben muß (Sehr gut!). Wir wollen auch seine übermäßig jungen Oberamtsärzte haben. (Sehr richtig!) Mit seinen ganzen Ausführungen wolle er jedoch nicht gegen den Entwurf sprechen im Gegenfall. Es sei eine absolute Notwendigkeit, daß die Beschränkung der Oberamtsärzte reguliert werden, es hätte da schon längst geschehen sollen. Redner geht dann noch auf die Stellung der Oberamtsärzte im besonderen ein. Der Artikel bringe die Verpflichtung des Oberamtsarztes auf die Anstellung von Jeugkräften an Reichsversicherungsanstalten und ähnliche Institute. Daß der Oberamtsarzt diese Zeugnisse ausstelle, sei gut. Unrichtig sei es aber, ihn dazu zu zwingen. Er bitte dringend, diesen Konfliktstoff zu beseitigen. Die Bestimmung sei geeignet, den Oberamtsarzt zu einem Streikbrecher zu machen. Es würde dadurch die Stellung des Oberamtsarztes gegenüber den Ärzten nicht gehoben, wenn der Oberamtsarzt gezwungen sei, anderen Ärzten in den Rücken zu fallen. Schließlich habe auch der Berichtete ein Recht, von einem Arzt gehört zu werden, der ihn kennt. Sodann sei die Bestimmung geeignet, die Einnahmen der Landräte zu schmälern. Auch so vor warne er. Man möge diese Bestimmung ablehnen, der Oberamtsarzt aber das Recht zur Ausstellung solcher Zeugnisse geben. Dagegen sollte man die Oberamtsärzte in ihrer Stellung als Bahn- oder Postärzte belassen. Die Schulärztstätigkeit sei zu begrüßen. Wie der Familienvater verpflichtet sei, sein Budget zu machen, so sei der Staat verpflichtet, sein Lebensgut, die heranwachsende Generation, zu hüten und zu wahren. Da sei es ein großer Vorzug der Vorlage, daß in sämtlichen Schulen in Stadt und Land für die Schulärztstätigkeit einbezogen. Nur dadurch bekomme man vergleichbare Ziffern für alle möglichen Arbeiten. In erwägen gebe er, ob nicht diese oder jene in der Vorlage vorgesehene Aufwandskategorie sein sollte. Ueberhaupt werde es erforderlich sein, den Bekehr auch heranzuziehen. Der Arzt werde sich mit der Bekehr in Verbindung zu setzen haben. Die wichtigsten Untersuchungen der Kinder würden die beim Ein- und Austritt aus der Schule sein. Es würde sich fragen, ob man die Fortschrittsuntersucher noch untersuchen solle. Es würde sich dann fragen, ob die Knaben ihrem Berufe gewachsen sind. Einzelne hygienische Regeln werde immer der Bekehr gelegentlich vortragen können. Dafür möchte er die Schulärzte jetzt schon in Anspruch nehmen, daß es später heißt, er habe die Schule nicht irgend einer Sache beauftragt. Der Arzt werde doch immer erst dann kommen, wenn die Infektion bereits vollzogen ist. Dankbar zu begrüßen sei der Art. 11, der die Anmeldepflicht in der Heilande beschäftigten Personen verlange. Es sei bereits eine Konsequenz des dem Reichstage vorliegende Antrags für den Ausschluß. Dem Antragssteller dürfte man die Verantwortung nicht nehmen. Das wäre das beste Mittel für die Bekämpfung der Antragssteller. Seine Freunde seien nach noch vor der Meinung, daß die Oberamtsärzte den Ministerien direkt unterstellt werden. Seine Freunde würden in der Etatberatung auch einen Antrag auf Aufhebung der Medizinalkollegien stellen. Es würde sehr bedauerlich sein, wenn die Oberamtsärzte die Aufsichten des Medizinalkollegiums vertreten müßten. (Sehr richtig!) Wir haben so dann das allergrößte Interesse daran, daß die Oberamtsärzte, denen wir die Ueberwachung der Gesundheit des Volkes anvertrauen, auch entsprechend bezahlt werden. Es besteht sonst die Gefahr, daß man als Oberamtsärzte die bekommt, die draußen im Leben Schiffsbruch erlitten haben. Das muß unter allen Umständen vermieden werden. (Sehr richtig!) Ein tüchtiger Oberamtsarzt ist billiger als ein schlecht bezahlter. Das bei der Mittel- und Finanzierung sei, daß man einige Oberämter zusammenlege. Die Bezirke müßten nach der geographischen Lage und nach dem Verkehr eingerichtet werden. Dann werde sie fragen, ob man nicht in größeren Bezirken einen Stellvertreter bestellen müsse. Bei der Zusammenlegung der Oberamtsarztstellen werden sich manche Unzutrefflichkeiten nicht vermeiden lassen, die müsse man aber in der Zeit des Ueberganges in Kauf nehmen. Nachmals bitte er: Schaffen Sie keine Bureaukraten, lassen Sie dem Oberamtsarzte Bewegungsfreiheit. Dann wird das Gesetz auch zum Wohle des Volks ausüben. (Lebhafter Beifall!)

Der Antrag Schild auf Ueberweisung an den Ausschluß wird zurückgezogen. Dafür wird ein Antrag, unterzeichnet von Vertretern aller Fraktionen, gestellt, die Vorlage einem besonderen, neu zu bildenden Ausschusse von 10 Mitgliedern zu überweisen.

Abg. Daffner (D. P.): Es wäre besser gewesen, wenn die Geispensturz in eine Zeit gefallen wäre, in der die finanzielle Not nicht so groß ist. Wenn man weiter fortschreiten will, so lasse sich die Tätigkeit des Oberamtsarztes mit seiner Privatpraxis nicht vereinigen. Die ganze Frage stehe und falle mit der Verthätigung mit der Tätigkeit eines Schularztes. Was seine Freunde seien nicht der Meinung, wie sie in einem Artikel im „Merkur“ zum Ausdruck kam. Die schulärztliche Tätigkeit müsse lediglich eine beratende sein. Der Entwurf sei ein näherer Prüfung wert. Auch seine Freunde müßten, wie die Sozialdemokraten, verlangen, daß die Oberamtsärzte eine Kenntnis der ländlichen Verhältnisse besitzen. Mit der Umänderung der Verhältnisse könne man nur schrittweise vorgehen. Auch die Ablösung der Privatpraxis dürfe man nur schrittweise vornehmen. Bedenken habe er gegen den Artikel 2, der dem Arzt das Recht von Grundbesitzern usw. gestatte. Was die Heranziehung der Gemeinden zu den Kosten anbelange, so müsse man abwarten, wie hoch sich die Gesamtkosten belaufen. Das man sich berechnen sei, die Gemeinden heranzuziehen, lasse sich nicht bestreiten. Auch seine Partei wünsche, daß durch die Ausdehnung des Dienstes der Oberamtsärzte etwas Erpressliches für das gesamte Land sich ergebe. (Beifall!)

Kultminister v. Fleischhauer: Heute sei man in der glücklichen Lage, Material über die Errichtung mit Schulärzten zu besitzen. Es seien bis jetzt 8 Gemeinden, die sich einen Schularzt angeschafft haben. Die gemachten Erfahrungen seien zum großen Teil günstig. Die früheren Bedenken der Bekehr seien vollständig verstanden. Die Schulverwaltung sei der ganzen Errichtung immer sympathisch gegenüberstanden. Er wolle insbesondere die Verbindung des Schularztes mit dem Oberamtsarzt. Mit dem Abg. Dr. Bauer sei er darüber einverstanden, daß die volle Bekämpfung der Einrichtung eines Schularztes nur dann zeigen könne, wenn man die Einrichtungen auf alle Schulen und auf das gesamte Land ausdehne. Auch er empfehle die Vorlage dem Wohlwollen der Ramm.

Abg. Dr. Lindemann (Soj.) begrüßt die Vorlage ebenfalls. Seine Partei spreche sich nicht dafür, daß die Kosten der Beamten geschaffen werden. Wir sind auch bereit, die Kosten aufzutreiben. Wir sind überzeugt, daß sich die Kosten rentieren. Mit Recht habe Dr. Bauer auf die Gefahr einer Bureaukratisierung hingewiesen. Aber der von ihm vorgeschlagene Ausweg scheint auch ihm praktisch und gangbar zu sein. Er freut sich, daß heute nicht das Bedürfnis der Schulärzte beschränkt sei. Gerade aus dem Gebiete der Ernährung verpreche er sich sehr viel von der Verbindung der Schul- und Oberamtsarztes. Nach angebotenen Berechnungen würde ein großer Teil der Tätigkeit des Oberamtsarztes in die Schule entfallen. Eine weitere Frage werde sein, wie die Ergebnisse der schulärztlichen Untersuchung nutzbar gemacht werden können. Mit der bloßen Feststellung der Gesundheitsverhältnisse sei es allein nicht getan. Wenn die Eltern sagen, müssen die Behörden eingreifen, damit die Kinder der vollwertigen Menschen erzogen werden. Auch die Untersuchung der vorbeschulspflichtigen Kinder sei von größter Bedeutung.

Die Schulen sollten die Grundlagen für die Bekämpfung des Krupphistums schaffen. Die Bekämpfung des Krupphistums würde eine wichtige Aufgabe des Kultusministeriums sein. Bei der Wichtigkeit der Materie sei Krupphistumsberatung durch einen besonderen Ausschuss erforderlich. (Beifall!)

Es sind noch sieben Redner zum Wort gemeldet; es wird deshalb abgebrochen. Morgen 9 Uhr: Fortsetzung und Rechenschaftsbericht des ständigen Ausschusses.

Stuttgart, 21. Jan. Die Junge Volkspartei Stuttgart hat in ihrer gestrigen Generalversammlung an Stelle des aus Gesundheitsrücksichten zurücktretenden Herrn Kercher Herrn Stetefeld zum 1. Vorsitzenden gewählt. Der Verein zählt jetzt 169 Mitglieder.

Am, 21. Jan. Die auf Veranlassung von Oberbürgermeister v. Wagner von den Gemeindefolkgen seit nun fast zwei Jahrzehnten eingehaltene Boden- und Wohnungspolitik findet immer weitere Anerkennung und von Jahr zu Jahr erweitert sich der Kreis derjenigen, die ihm aufsuchen, um sich an Ort und Stelle über die Grundzüge und Erfolge der Ulmer Wohnungspolitik zu informieren. So waren im letzten Jahr außer einer großen Gesellschaft von Engländern und Wienern Besucher hier aus Christiania, Stockholm, Mannheim, Cleveland, München (darunter Staatsminister v. Brettreich), Ohio, Jaberze, Bosnien, Prag, Apolda, Birmingham (der Lordmayor mit Begleitung), Kilmheim a. d. R., Eisenach, Johnson, Gladbach, Reinhold, Berlin, die sozialwissenschaftlichen Vereine in Tübingen und München, Vertreter der Gartenstadt Kärnberg, eine Kommission des Stadtrats von Paris u. a. m.

Nah und Fern.

Eine romantische Heirat.

Die Tochter des Newyorker Bankiers Morosini hat sich mit dem Politiker Artur Berner verheiratet. Einem Tages waren die von der sportlustigen jungen Dame selbst gelenkten Wagenpferde durchgebrannt; sie schwebte in höchster Gefahr. Berner, ein berittener Polizist, galoppierte hinterher, es gelang ihm, die scheuen Tier abzuhalten. Miß Morosini war ohnmächtig geworden. Am nächsten Tage erschien sie in der Polizeistation, um sich persönlich zu bedanken. Sie veranlaßte ihren Vater, Berner zum Verwalter seines großen Landgutes und anderen Besitzums zu machen und als der ehemalige Polizist dieser Tage die Scheidung von seiner ersten Frau, von der er übrigens schon seit Jahren getrennt lebte, erlangt hat, reichte Miß Morosini ihm die Hand zum Bunde fürs Leben. Der Millionär Morosini hatte nichts dagegen, denn Berner hatte sich längst als ein sehr fähiger und tüchtiger Mensch erwiesen.

In Reutlingen erlitt durch Abstürzen von der Leiter, die er an einer Laternenstoch angelehnt hatte, der verheiratete 58 Jahre alte Monteur Vincenz Maier vom jüdischen Waswerk einen schweren Schädelbruch, dem er kurz nach Einlieferung ins Bürgerhospital erlegen ist. Er hinterläßt Frau und 4 Kinder.

Gerichtssaal.

Ein rabiater Dieb.

Heilbronn, 17. Jan. Der 28 Jahre alte ledige Tagelöhner Robert Luithe von hier ist im Februar 1908 und im September 1910 in die Maschinenfabrik und Eisenfabrik von J. Weipert u. Söhne, in der er früher beschäftigt war, eingestiegen, hat sich durch Aufbrechen eines Schließes die Schlüssel zum Rohgusslager verschafft und hier ungefähr 78 Kilogramm Kupfer, 142 Kilogr. Messing und 5 Stück gußeiserne Schusterstuhlfüße im Gesamtwert von etwa 300 M gestohlen. In der Untersuchungshaft hat er in seiner Zelle alles kurz und klein geschlagen und, als ihm vom Gefängnisvorstand die Festsetzung angekündigt wurde, jeden sich Nähernden totzuschlagen gedroht. Er erhielt wegen zweier Verbrechen des einfachen und eines Verbrechen des schweren Diebstahls, ferner wegen Sachbeschädigung, Bedrohung und Nötigung eine Jugendstrafe von 2 Jahren 6 Monaten neben jährlichem Ehrverlust. Der verh. Metallehändler Fr. J. Karl Wagner, der die Sachen gekauft hat, und der ledige Tagelöhner Johann Bögel von Weissenau bei Ramm, wohnhaft in Böckingen, wurden wegen Hehlerei verurteilt, dieser zu 2 Monaten, jener zu 2 Wochen Gefängnis. Der bei einem Diebstahl behäftigte Zementeur Franz Kancur Beckmüller aus Oesterreich, zuletzt wohnhaft in Ludwigsbürg, bekam eine Gefängnisstrafe von 4 Wochen.

Heilbronn, 20. Jan. (Strafammer.) Der 48 Jahre alte Schuh- und Lederhändler Karl Thumm von Marbach, wohnhaft in Beilstein, hatte sich wegen Urkundenfälschung zu verantworten. Der Angeklagte, der in Konturs geraten ist, hat im April 1904 bei der Verleumdung Marbach einen Kredit von 7000 Mark. Den zur Sicherheit von der Bank ausgestellten Kreditvertrag, den seine Frau neben seiner Unterschrift unterzeichnet hatte, hat er selbst, ohne Wissen seiner Frau, mit dem Namen seiner Frau unterzeichnet und 50 Wechsel-Accepten im Betrag von zusammen 4000 bis 5000 Mark auf den Namen verschiedener Schuhmachermeister, die seine Kunden waren, ausgestellt und als echte Wechsel an die Wechselbank Marbach weitergegeben, wodurch die Bank nicht ungeschädigt geblieben wurde. Der Angeklagte wurde wegen zwei Verbrechen der gewinnstüchtigen Privatankündigung zusammenfassend mit einem Vergehen des Betrugs unter Jubiläum mildender Umstände zu einer Gefängnisstrafe von 3 Monaten und zur Tragung der Kosten des Verfahrens verurteilt.

Bremen, 20. Jan. In dem Prozeß wegen der Strafwalle aus Anlaß der Straßenbahnstrafe wurden heute eine 17jährige Arbeiterin zu vier Monate Gefängnis verurteilt, ein 16jähriger Arbeiter zu drei Monaten, ein 16jähriger Arbeiter und ein 16jähriger Schreiber zu sechs Wochen. Ein 15jähriger Schreiber wurde freigesprochen.

Bermischtes.

Die Affäre Herberich.

In dem schon bekannten Prozeß, der zur Zeit vor dem Schwurgericht Kärnberg gegen die Rektorswitwe Paula Herberich wegen Todschlags, verliert an ihrem Ehemann geführt wird, hat das Zeugenhör einige aufregende Auftritte verursacht. Die Angeklagte (bekanntlich die Tochter des österreichischen Majors a. D. Berna, und in erster Ehe verheiratet mit dem Buchdruckereibesitzer Dillinger in Karlsruhe) unterbrach trotz aller Ermahnungen des Präsidenten die Zeugen immer wieder bei Aussagen, die ihr nicht paßten. Dies geschah namentlich in der Verhandlung des 19. Januar bei dem Zeugen Reallehrer Dr. Lebermann, einem Freunde des von der Angeklagten erschossenen Rektors Herberich. Der Präsident holte hierauf ein ärztliches Gutachten darüber ein, ob dieses Benehmen der Angeklagten mit ihrem Zustande zusammenhänge. Der Landgerichtsarzt konstatierte, daß dies zwar bis zu einem Grade der Fall sei, die Angeklagte sich aber so weit beherrschen könne, daß sie diese Unterbrechungen unterlasse. Als hierauf der Staatsanwalt beantragte, daß die Angeklagte auf die Dauer der Vernehmung des Zeugen Lebermann aus dem Saal entfernt werde, sprang sie auf und stürzte mit wildem Ausschreien und lautem Aufschreien in der Mitte des Schwurgerichtssaales zu Boden. Sie wurde hierauf ohnmächtig aus dem Saal hinausgetragen. Als sie infolge ärztlicher Bemühungen nach einer Viertelstunde wieder auf der Anklagebank Platz nehmen konnte, wurde in der Vernehmung des Zeugen Lebermann fortgesetzt. Als der Zeuge eine weitere die Angeklagte belästigende Aussage machte, stürzte die Angeklagte mit einem Wutgeschrei auf den Zeugen zu und konnte nur mit Gewalt von tätlichen Angriffen auf denselben abgehalten werden. Die Sitzung wurde hierauf unterbrochen und auf den folgenden Tag vertagt. Die Angeklagte befindet sich in letzter Zeit im städtischen Krankenhaus; ihr körperlicher Zustand hat durch die lange Unterbrechung sehr geübt.

Der 64jährige Zeuge Adolf Doktor Dillinger, ihr erster Ehemann, bezeichnet sie als eine hochgradig hysterische und nervöse Frau trotz ihrer über den Durchschnitt hinausgehenden Bildung. Sie sei hochgradig eifersüchtig gewesen, und er habe unter dieser Eifersucht viel zu leiden gehabt. Sie habe sich sehr eifrig in der Frauenbewegung betätigt und auch Vorträge gehalten. Als er 1899 von der Ausübung seines Reichstagsmandats aus Berlin zurückkehrte, sei ihm die Angeklagte nach einem Juvist, dessen Anlaß eine Kleinigkeit gewesen war, plötzlich mit einem geladenen Revolver entgegengetreten und habe auf ihn geschossen. Er sei hinzugeprungen, habe ihr den Revolver entrissen und sie zu Boden gerungen. Die Angeklagte sei erlich belästigt. In der Familie v. Rabenau, der ihre Mutter entstamme, seien mehrere Fälle von Geisteskrankheit vorgekommen. Die Schwester der Angeklagten sei wegen Geisteskrankheit entmündigt. Der Vater sei ein notorischer Verschwender gewesen, der in kurzer Zeit mehrere hunderttausend Gulden verbraucht habe. Ein Bruder ihres Vaters habe sich vergiftet, der Bruder der Mutter sei in der Irrenanstalt gestorben. Die Großmutter, eine geborene v. Rabenau, ist an Größenvahn. In der Familie v. Rabenau sei viel Inzucht vorgekommen. Die Angeklagte ist stark unter Stimmungswechsel, ihre heitere Stimmung wurde häufig abgelöst durch Melancholie. Die Kinder hat sie oft in der grausamsten Weise gequält. In Liebe und Haß war sie extravagant, obwohl im Grunde ihr Charakter nicht schlecht war. Auch die eigene 10jährige Mutter hat sie geschlagen. Die Hysterie und Exzentrizität ihres Wesens wird auch von anderer Seite hervorgehoben. Zeuge Professor Kant hat vor schädert Dr. Herberich als einen sehr tüchtigen, ungemein gewissenhaften Kollegen, den er nicht einmal einer Lüge für fähig hielt. Frau Dr. Herberich machte von Anfang an auf ihn einen sehr unangenehmen Eindruck, der sich später noch steigerte. Sie zog alles, was einem heilig war, herunter. Zeugin Susanne Wanker, in München Dienstmädchen in der Herberich'schen Familie, bekundet: Ich war nicht gern bei der Angeklagten, weil im Hause große Schamerei herrschte.

Der anföhrige Schleier.

Man berichtet aus Mailand: Eine weiß. Entschidung der hiesigen Präfektur hat in der Stadt sehr amüsiert. In der Stala wird jetzt das russische Ballet „Neopatra“ gegeben. Eines der Bäder stellt dar, wie die schöne Königin, von der Kraft des Bogenschützen Amun besiegt, diesem ihre Lippen zum Kusse deut. Eine Schar von Skabinen stürzt hervor und entzieht das liebende Paar den Blüten des Publikums, indem es einen großen Schleier vor ihm ausbreitet. Einige Tugendwächter hatten nun an diesem Vorgang Anstoß genommen, weil die Phantastie leicht verleitet werden könne, sich vorzustellen, was hinter dem Schleier vorgehe. Die „Vereinigung für öffentliche Moral“ beschwerte sich über das Balletbild in Rom. Die Regierung gab der Mailänder Präfektur anheim, das Bild zu verbieten. Das erschien aber nicht recht angängig, weil die Sache dann großes Aufsehen erregt und die Theaterdirektion sich bei dieser Anordnung nicht beruhigt hätte. Die Präfektur kam deshalb auf einen klugen Ausweg und verfügte, daß der Schleier hinweggezogen würde. Und so geschah's: Neopatra und Amun küßten sich jetzt auf offener Bühne, und es kam niemand mehr auf falsche Vermutungen darüber kommen, was zwischen den beiden Liebenden hinter dem verhängenden Schleier wohl vorgeht.

Der Herr Bürgermeister verduftet.

Seit dem 7. Januar ist aus der Stadt Neppen, die ehemals, als sie den Abg. Windthorst wählte, viel genannt ward, der dortige Bürgermeister Joneu, ein gebürtiger Kölner, verschwunden. Er hat an dem genannten Tage einen dreitägigen Urlaub angetreten, von dem er aber bisher noch nicht zurückgekehrt ist. Man bringt seine Abwesenheit mit den Gerüchten über seine mäßlichen Vermögensverhältnisse in Zusammenhang. Joneu hat, wie verlautet, allerhand Wechselgeschäfte gemacht, die „nicht einwandfrei“ gewesen sein sollen.

Gedanken einer geistreichen Frau.

Der „Tempo“ veröffentlicht vor kurzem eine interessante Studie über die Frau eines ehemaligen Generals, die Gräfin Vera de Tallebrand Perigord. Einige der hübschesten Aussprüche dieser geistreichen Frau gibt der Pariser Sg.-Mitarbeiter des „Tägl. Fort.“ wieder:

In der Welt wie unter den Mächten herrscht das „herzliche Einvernehmen“ des gegenseitigen Mißtrauens. Es ist sehr amüsiert, eine Geschichte von Leuten erzählt zu hören, die sie nicht kennen.

Man würde sich über sehr wenig Dinge unterhalten können, wollte man nur von denen sprechen, die man weiß.

Die guten Werke sind oft ein Vorwand zu schlechten Bekanntschaften.

In der Jugend liebt man ohne hinzuzusehen, nach links und nach rechts, im reifen Alter ohne hinzuzusehen auf Schminke und gefälschte Schönheit.

Wenn eine Frau liebt, verzeiht sie selbst das Verbrechen; liebt sie nicht mehr, verzeiht sie nicht einmal die Tugend.

In der Liebe lebt man vom Kapital, das sich täglich vermindert, in der Freundschaft lebt man von den Zinsen.

Wenn ein Mann eine Frau festhalten will, schließt er die Türe; die Frau hingegen, die einen Mann festhalten will, öffnet sie.

Das erste, was die Frauen wissen, ist, daß sie schön sind, das letzte, was sie bemerken, daß sie alt sind. Oder — wie schwer ist es für die Frau sich in die vierzigste Jahre zu finden, wieviel schwerer aber daraus herauszukommen!

Sehr richtig! Mutter: „Aber Ernst, wie siehst Du wieder aus? Hast Du jemals gesehen, daß ich so schmutzige Hände gehabt habe?“ Ernst (zwischen Thränen und Unwillen kämpfend): „Aber Mama, als Du so klein warst wie ich, habe ich Dich ja noch gar nicht gekannt!“

Passend. „Was habt Ihr denn getan, als der Prinz mit seinem Zweifelder abstürzte?“ — Hoch! hab'n wir geschrien.“

Schlimme Aussichten. „Sei nur fleißig, Karl, daß du zu Otern auch aufsteigen darfst.“ — „Natürlich! Der Vater ist nicht befördert worden, mein Bruder hat im Staatskonkurs an Dreier kriegt, der Esja hat 's Christkind wieder keinen Bräutigam bracht — jetzt darfst ich die Familie wieder rausziehen!“

Druckfehlerzeufel. Einen boshaften Streich hat der bekannte unfaubere Geist der Trudereien jüngst in der „Salzweil-Gardelegger Jtg.“ verübt, und zwar nur durch Unterschlagung eines Buchstabens. Hier (in Nr. 143) wird von dem Ball der „Agronomia“ in Tarnbe berichtet: „Das Vergnügen verlief in schönster Weise. Bei der Kaffeetafel brachte Herr Rhode jr. Amt-Dambe das Kaffeetoch aus, später tastete er auf die Frauen und Jungfrauen.“ Es soll natürlich heißen: „tastete er.“

Vor 40 Jahren.

Denkwürdigkeiten

an den deutsch-französischen Krieg.

Montag, den 23. Januar.
Beschließung von Landreociers, Gefecht bei Pouilly, Schamängel bei Quingy, Gefechtskampf bei Dannemarie, Recognoszierung bei Beles mes gegen den Doub. Avantgardengeficht tenois Montbozon, Gefecht bei Autchaur, bei Clerbal, bei Roches und Man. Recognoszierung gegen Pampierre.

München. Die bayerische Abgeordnetenkammer hat die Bundesverträge mit 102 gegen 48 Stimmen angenommen.

Bitsh. Die Befragung hat in der letzten Nacht nach drei Monaten Ruhe einen Ausfall versucht, der aber von dem bayerischen Beobachtungslorenz zurückgeschlagen wurde.

St. Denis. Die Beschließung dauert bestig fort. 15 Personen wurden durch Bomben getödet.

Versailles. Heute erschien Jules Favre im preussischen Hauptquartier um Verhandlungen zu beginnen. Mittags traf ein Brief desselben bei Bismard ein, in welchem um die Erlaubnis gebeten wurde, nach Versailles kommen zu dürfen. Der König antwortete sofort in deutscher Sprache eigenhändig in bejahender Weise. Um 1 Uhr 30 Minuten erhielt Jules Favre den Brief. In dem Wagen des Kanzlers fuhr Favre nach Versailles wo er abends 8 Uhr ankam und sich sofort in die Wohnung Bismards (bei Frau de Jasse) begab. Bismard hatte bereits gezeißt, ließ aber für Favre ein statliches Mahl aus der königlichen Küche holen. Die Unterredung begann sofort. Um 10 Uhr nachts noch ließ sich Bismard bei S. M. dem Kaiser melden, der die Unterredung für 11 Uhr festsetzte.

Versailles. General Keller meldet, daß er am 23. einen Vorstoß in der Richtung auf Dijon gemacht und 5 Offiziere und 150 Mann gefangen genommen habe. Der Fahnenträger des 2. Bataillons vom Regiment Nr. 61 ist dabei im Waldgefechte gefallen. Die Fahne wird vermifst. In der Gegend zwischen Cheillon und Montevon haben sich feindliche Abteilungen gezeigt.

v. Fodbielosi.

Handel und Volkswirtschaft.

Schlacht-Vieh-Markt Stuttgart.

19. Januar 1911		Schwerm.	
Bugetrieben	203 (25 aus Frankfurt) 500	171	817
Schlachtgewicht:			
Ochsen, 1. Qual., von 80 bis —	Rübe	2. Qual., von 64	74
2. Qual., „ „ „ „		3. Qual., „ „ „	55
Schaf, 1. Qual., „ „ „		1. Qual., „ „ „	167
2. Qual., „ „ „		2. Qual., „ „ „	98
3. Qual., „ „ „		3. Qual., „ „ „	83
4. Qual., „ „ „		4. Qual., „ „ „	88
5. Qual., „ „ „		5. Qual., „ „ „	67
6. Qual., „ „ „		6. Qual., „ „ „	60

Verlauf des Marktes: ruhig belebt.

Freiwill. Versteigerung.

Am Dienstag, den 24. d. Mts.,
von nachmittags 1 Uhr ab,
werden im Parterre des Hauses

Hauptstr. 99

Beerenmühlen, Wäschepressen, emaillierte
Schweineträge, Sandfäße, Handhämmer
und Zangen, Garderobeleisten, Zeitungshalter,
Laubsäge-Garnituren, Nodelsporen,
Schlitten und Schlittschuhe, Drahtbürsten,
Rebscheren, Pferde- u. Viehstriege, Meterstäbe,
Geldkörbe, schmiedeeiserne Gartentische
und verschied. andere Gegenstände,
ferner einige guterhaltene

.. Fässer, ..

getragene Herren-Kleider und
Stiefel

öffentlich gegen sofortige Barzahlung versteigert, wozu Kaufsliebhaber
eingeladen sind.

Viel Zeit und Mühe erspart sich die Hausfrau mit



in Würfeln zu 10 Pfg für 2-3 Teller Suppe. In kürzester Zeit
u. nur mit Wasser zuzubereiten. Angelegentlich empfohlen von
Daniel Fr. Treiber, Inh.: Robert Treiber,
König-Karlstr. 96.

Stuttgarter Würstwaren

täglich frisch von der Firma
Fr. Appenzeller :: Kgl. Hoflieferant
ältestes und größtes Versandgeschäft Stuttgarts.

Niederlage bei:

J. Bonold, Kgl. Hoflieferant,
König-Karlstr. 81. — Telefon 45.

Damen-Jacken

gestrickte,

in modernen Farben, sowie auch weiße und schwarze, aus
besten Wolle, nur gute Fassons und schöne Dessins
zu billigen Preisen bei

Geschwister Horkheimer.

König-Karl-Straße.

Blau, grün
die große Mode

Kravatten

türkische Neuheiten.
Kragenschoner.
Phil. Bosch.

Visitenkarten

moderne Ausführung, liefert rasch und
billig, die Buchdruckerei G. Hofmann.

Wink in der ...

mit Schutz-Marke
Kaminlager können
Sie das echte wegen
seiner hübschen
Geschenk-Beilage
so beliebt

**Dr. Gentner's
Veilchen-Selbepulver
Goldperle**

erhalten.
Alleinige Fabrikant:
Carl Gentner
i. Göppingen.



Prima junges Kuhfleisch

das Pfund zu 70 Pf., ist zu
haben bei den Metzgermeistern
E. Pfau und
Fr. Wandpflug.

Hausfrauen!

verwenden vorteilhaft in der
Küche Suppenmehln, Gemüsenudeln, Makkaroni,
sowie alle Suppeninlagen
(garant. Eierteigware) aus der

Drogerie Grundner

Für Dauerwäsche

und orig. Neuheiten siehe Ver-
treter bei Messenverdienst. Wäschef.
Eid Nachf., Frankfurt a. M.

Kaufet

nichts anderes gegen

Husten

Heiserkeit, Katarrh und
Verkeimung, Krampf-
u. Rechenhusten als die
feinstmedizinen

Kaiser's

Brust-Caramellen
mit den „Drei Tannen“
5900 not. begl. Zeugn.
v. Herzl. u. Priv.
verbürgen den sicheren Erf.
Paket 25 Pf., Dose 50 Pf

Zu haben bei:
Dr. C. Metzger, Kgl. Hof-
Apotheker. — Hans Grund-
ner, vormals Ant. Heinen
in Wildbad.

20%

auf sämtliche

Winter-Mäntel

mit Ausschluß der Plüsch- und
Sammt-Paletots.

Gustav Kienzle,
Königl. Hoflieferant,
König-Karl-Straße 187.

Meine Wiese

im Gäslach, habe auf mehrere
Jahre zu verpachten.
Chr. Bott, Schuhmacher,
Hauptstr. 89.

Evgl. Kirchenchor

Heute Abend

Singstunde

Reapler

Maronen (Kastanien)

per Pfund 30 Pfg.
empfiehlt J. Bonold,
Telef. 45. König-Karlstr. 81

Eine schöne Wohnung

von 3 Zimmern undämtl. Zube-
hör ist bis 1. April zu vermieten.
(1. oder 2. Stock).

Fr. Bott, Mauerer,
Hennbachstraße.

Steinmetz-Brod

empfiehlt Bäcker Bechtle

Wildbad.

Vergebung von Bauarbeiten zum Vereinsbankgebäude.

Nachstehende Arbeiten werden im Afford vergeben:

1. Anschlagen der Fenster.
2. Schlosserarbeiten.
3. Malerarbeiten.
4. Tapezierarbeiten.
5. Linoleumböden.
6. Bodenbelag und Wandbekleidungen.
7. Vorhänge.
8. Installation:

Gas.
Wasser.
Abort-Anlage.
Elektrisches Licht u. Klingelanlage.

Die Unterlagen liegen im Bureau des Architekten, Hauptstraße
166, hier, zur gefälligen Einsicht auf.

Die Offerten in Prozenten des Boranschlags ausgedrückt, wollen
spätestens bis

Mittwoch, den 25. Januar 1911,

nachmittags 5 Uhr,

verschlossen und mit der Aufschrift „Offert für die Arbeitsvergebung“
im Kassenlokal des alten Bankgebäudes abgegeben werden.
Die Auswahl unter den Angebotsstellern bleibt dem Ausschichtsrat
vorbehalten.

Wildbad, den 20. Januar 1911.

Der Architekt: W. Hildenbrand.

Die Bauherrschaft:

Vereinsbank Wildbad
e. G. m. u. H.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher und
liebvoller Teilnahme bei dem Hinscheiden
unseres lieben Vaters, Großvaters und
Schwiegervaters

Fd. Klauss

Schneidermeister,

für die vielen Blumenpenden, für die zahlreiche Begleitung,
insbesondere den Herren Lehrern für den schönen Gesang,
und auch den Trägern sagt herzlichen Dank im Namen
der trauernden Hinterbliebenen

die tieftrauernde Tochter:

Pauline Krumm geb. Klaus.

Wildbad, den 22. Januar 1911.



Verfügt nicht, läuft wenig ein,
bleibt porös und elastisch.
Alleinige Fabrikanten
W. BENDER SÖHNE
Stuttgart.
Grand Prix - Paris 1900.

Größen Korsetts, sowie
Woll- und Kurzwaren.
Hand-Arbeiten, Strick- und
Stichmaterialien, Strick- und
billigsten Preisen.

Größtes Korsetts- und
hochmodern, kann vollkommener,
Strocker- u. Strockerfächer,
non chiffons bis feinsten, sowie
Süßer Waare und Seide. Schrift
ger oder Nr.

Allein-Verkauf für Wildbad nur bei
Hauptstr. 104. **Geschwister Freund,** Hauptstr. 104.



:: Herren- u. Knaben- :: Jagdwesten

in enormer Auswahl
von Nr. 2.- bis Nr. 14.

Sweaters

in allen Farben und modernen Dessins

Sweaters

mit gleichen Hosen
empfiehlt billigt

Ph. Bosch, Wildbad.